Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 244 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 19. Oktober | Erscheint werktäglich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der englische Ministerpräsident Macdonald hat seine Bemühungen um das Zustandekommen der Viermächtekonferenz wieder aufgenommen.

* Der preußische Klepper-Untersuchungsausschuß trat in die Zeugenvernehmung über die Geschäfte der Preußenkasse mit der Kölnischen Volkszeitung ein.

* Im Steinkohlenbergwerk Sofia Jacoba im Rheinlande ereignete sich eine Schlagwetterexplosion, bei der ein Bergmann getötet und mehrere Bergleute schwer verletzt wurden.

Im Schlepptau.

Auch deutscherseits wird man dem englischen Ministerpräsidenten das Zeugnis ausstellen, daß er sich recht große Mühe gegeben hat, seine Viermächtekonferenz zusammenzubringen — aber diese Bemühungen bestanden kurz gesagt einfach darin, daß er sich den Forderungen Herriots, der grundsätzlich gegen diese Konferenz war und ist, nach kurzem oder gar keinem Widerstande restlos beugte und von Deutschland immer nur das Herunterschlucken der französischen Bedingungen verlangte. Schon dieses Verlangen sieht herzlich wenig nach einer positiven Unterstützung der deutschen Forderung nach grundsätzlicher Gleichberechtigung aus; eine drastische Illustrierung des wirklichen englischen Standpunkts gegenüber jener deutschen Forderung wird aber erst durch Macdonalds Worte in seiner feierlichen Frühstücksrede gegeben, Großbritannien „widersetze sich nicht" der deutschen Forderung, als Gleichberechtigter auf der Abrüstungskonferenz behandelt zu werden. Stößt er dabei aber auf den geringsten französischen Widerspruch, dann gibt er eben nach. Ihm ist längst vor dem Besuch Herriots in London durch den Berliner englischen Botschafter mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung keinesfalls nach Genf gehen werde; auch die Gründe für diese Weigerung sind ihm mitgeteilt worden, — und doch kippte er sofort um, als Herriot von ihm die Verlegung des Konferenzsitzes von London nach Genf verlangte! Auch der Berliner französische Botschafter war rechtzeitig über diese Ablehnung der Reichsregierung unterrichtet, was für Herriot Veranlassung war, nun gerade Genf zu fordern

Schließlich ist Macdonald doch politisch ein nicht gerade begriffsstutziger Mann! Und wenn er es vielleicht im ersten Augenblick noch als eine Gegenkonzession Herriots betrachten konnte, daß zu der Viermächtekonferenz nun nicht auch noch die Vertreter Belgiens, Polens usw. herangezogen werden sollten, so mußte er doch schon sehr bald wissen, welchen Wert dieses „Zugeständnis" hatte, als nun Herriot erklärte, die Konferenz in Genf würde sich „im Rahmen des Völkerbundes" vollziehen. Und als derselbe Herriot dann auch noch das deutsche Entgegenkommen, wenigstens Lausanne als Tagungsort zu wählen, einfach mit der Begründung ablehnte, man würde dann zu sehr die Fühlung mit den — Kleinstaaten verlieren! Daß überhaupt Zweck der ganzen Übung war, die entscheidenden vier Großmächte an den Verhandlungstisch zu bringen, hatte man in Paris längst beiseitegelegt, nachdem diese „Konzession" in London ihren Zweck erfüllt hatte. Jetzt legt sich auch Macdonald auf Genf fest, erklärt die Gründe Deutschlands, nicht nach Genf gehen zu können, für nicht wesentlich und nicht stichhaltig — und erhält ein paar Stunden später aus Berlin die Mitteilung, daß die Reichsregierung Genf als Tagungsort ablehnen müsse!

Macdonald hat den Tadel über die deutsche Politik zwar in eine diplomatische Form gekleidet, die man vielleicht mit einem Ausdruck des „Bedauerns" bezeichnen möchte, aber hinter dieser Form zeigt sich doch ein Kern, der schon fast wie eine — Drohung aussieht, und uns nicht darüber im unklaren lassen kann, daß man in London über die Haltung der Reichsregierung geradezu Ärger empfindet. Man schiebt uns allein die Schuld dafür zu, wenn die Konferenz nun nicht zustande kommt, und verweist in diesem Zusammenhang mit bezeichnender Deutlichkeit darauf, daß auch Italien auf der französisch-englischen Seite stehe; Mussolini hat auch tatsächlich sofort seine Zustimmung für Genf gegeben, zeigt also auch kein Verständnis für das, was uns von dieser Stadt fernhalten muß, und läßt sogar heftige Angriffe der italienischen Presse auf die Entschlüsse der Reichsregierung zu. Auch das ist schon kein „Bedauern" mehr!

Damit wäre zum zweitenmal der deutsche Versuch gescheitert oder vielmehr zum Scheitern gebracht worden, außenpolitisch in der Frage der militärischen Gleichberechtigung und nationalen Sicherheit auf dem Wege einer offenen Aussprache und Verständigung mit der Gegenseite vorwärtszukommen. Das erstemal versagte sich Frankreich ganz offen einer Sonderverhandlung mit Deutschland; jetzt hat es durch ein paar energische Angriffe auf die Partner wiederum erreicht, und Herriot, der ja angeblich ein so guter Kenner Goethes sein soll, kann diesen deutschen Dichter in Bezug auf Macdonald jetzt mit leichter Abänderung zitieren:

„Halb zog ich ihn, halb sank er hin,
Da war's um ihn geschehen!"

Kurze politische Nachrichten.

Die Entlastung der Reichsbank auf der Kapitalanlage hat auch in der zweiten Oktoberwoche gute Fortschritte gemacht. Insgesamt flossen der Reichsbank 180 Millionen Mittel zurück. An Scheidemünzen flossen 42 Millionen in die Kassen der Reichsbank. Der Notenumlauf ermäßigte sich um 99 auf 3519 Millionen. Sowohl der Goldbestand wie der Restbestand an deckungsfähigen Devisen zeigen eine geringfügige Steigerung, die insgesamt 800 000 Mark beträgt. Das Deckungsverhältnis stieg von 25,7 auf 26,5 Prozent.

*

Reichswehrminister von Schleicher ist zu einem längeren Kuraufenthalt in Badenweiler eingetroffen. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning, der sich mehrere Wochen zur Erholung in Schloß Hausbaden bei Badenweiler aufgehalten hat, ist wieder abgereist und hat seine Wahlpropagandatätigkeit aufgenommen.

*

Der amerikanische Senator Watson erklärte in einer Wahlversammlung der republikanischen Partei in Indianapolis: „Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die amerikanische Regierung, solange die republikanische Partei am Ruder ist, keinen Dollar der europäischen Kriegsschulden nachlassen werde."

*

Der neuernannte österreichische Sicherheitsminister hat im Zusammenhang mit den blutigen Vorfällen in Wien die Bundespolizeidirektion angewiesen, in Wien alle Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel, die von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten ausgehen, sowie Veranstaltungen von Vereinigungen, die diesen Parteien angehören, ausnahmslos zu untersagen.

Das neue „Nein!"

Frühstücksgespräche.

Frankreich „sichert" sich weiter.

Noch bevor der französische Ministerpräsident Herriot seiner Regierung Bericht über seine Londoner Reise erstattete, versammelte er einen kleinen Kreis seiner außenpolitischen Freunde zu einem Frühstück, und hier „im Kreis seiner Lieben" wird er sich wohl sehr lobend ausgesprochen haben über das unerwartete Entgegenkommen, das er mit seinen deutschfeindlichen Machenschaften bei Macdonald gefunden hat. Der polnische Außenminister Zaleski und der tschechische Außenminister Benesch sowie der polnische und der tschechische Geschäftsträger in Paris waren die Frühstücksgäste, und diesen seinen gehorsamen Trabanten wird Herriot wohl die neuen Parolen ausgegeben haben, wie sie die französische Politik im Völkerbund und in der Abrüstungskonferenz zu unterstützen haben. Gleichzeitig wird er sie wohl auch von seinen neuen Plänen eines Ausbaues ihres finanziell-militärischen Bündnisses in Kenntnis gesetzt haben. Nach Spanien wendet sich jetzt sein begehrlicher Blick, das er demnächst mit seinem Besuch beglücken will. Hinter seinem Vorschlag, die internationalen Waffenlager auf spanischem Boden anzulegen, „um den Weltfrieden zu erhalten", verbergen sich nämlich Pläne, die durchaus nicht auf den Frieden abzielen, sondern die erneut zur Verstärkung der französischen Rüstungen führen sollen. Es bestehen französische Pläne, den Ausbau der spanischen nord-südlich verlaufenden Eisenbahnen zu zweigleisigen Strecken mit französischen Geldern zu unterstützen, die auf nichts weiter hinauslaufen, als daß Frankreich im Kriegsfall seine afrikanischen Truppen schon in einem spanischen Hafen landen und mit der Eisenbahn nach Frankreich befördern kann, wodurch die Gefahr des Seeweges erheblich verringert wird. Wenn Spanien der Verbündete Frankreichs würde, so würden diesem auch die Häfen auf den Balearen zur Verfügung stehen, so daß die französischen Transportlinien im westlichen Mittelmeer so weit wie nur irgend möglich gegen einen Angriff von Osten her, d. h. von Italien, geschützt sind. Wieder zieht also der „Friedensfreund" Herriot mit seinem goldenen Netz aus, um sich mit Geld und schönen Worten einen neuen Bundesgenossen zu fangen, und nachdem Frankreichs Fronten waffenstarrend ausgebaut worden sind, werden jetzt auch die Etappenwege für seine schwarzen Hilfsvölker gesichert.

Deutschland lehnt Genf erneut ab.

Der englische Geschäftsträger in Berlin, Newton, suchte den Reichsaußenminister von Neurath auf und schlug ihm in einer Unterredung erneut Genf als Konferenzort für die vorgesehene Viermächtekonferenz vor. In der Besprechung erklärte der Reichsaußenminister unter eingehender Begründung wiederum, daß Genf für Deutschland nicht annehmbar sei.

Es ist anzunehmen, daß nunmehr Verhandlungen über einen anderen Konferenzort beginnen werden. Jedenfalls gelten die Verhandlungen noch nicht als gescheitert. Man rechnet vielmehr in politischen Kreisen nach wie vor mit dem Zustandekommen der Konferenz.

*

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat in London eine Rede über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage gehalten, die in dem Appell an Deutschland gipfelte, doch unter allen Umständen an der Viermächtekonferenz in Genf teilzunehmen. Um so mehr, als Deutschland wisse, daß England sich nicht dem deutschen Wunsche widersetze, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden.

*

Viermächtekonferenz nach den Reichstagswahlen?

Weitere Bemühungen Macdonalds.

Nach dem Bekanntwerden der letzten deutschen Absage auf die Einladung, nach Genf zu kommen, hatte Macdonald eine eingehende Besprechung mit dem italienischen Botschafter Grandi.

Trotz der erneuten Ablehnung der deutschen Regierung, die Einladung zu einer Viermächtekonferenz nach Genf anzuerkennen, gehen die Verhandlungen weiter mit dem Ziel, zu späterer Zeit und an anderem Ort die Aussprache doch noch zu ermöglichen. Dabei wird Lausanne wieder als neuer Konferenzort, der zur Diskussion steht, genannt. Man rechnet aber nicht damit, daß vor den Reichstagswahlen eine Entscheidung in der Konferenzfrage fallen wird.

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund hatten ihre Mitglieder zu einer öffentlichen Kundgebung zusammenberufen. Die Versammlung wurde durch den Bundesvorsitzenden Leipart eröffnet, der zunächst die erschienenen Gäste begrüßte, darunter Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium, der in Vertretung des Reichsarbeitsministers an der Tagung teilnahm. Der Redner führte u. a. aus: Die Gewerkschaften seien berechtigt und verpflichtet, zu dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung kritisch Stellung zu nehmen. Es bestände zwar jetzt einige Hoffnung auf Belebung der Wirtschaft. Damit diese Belebung aber wirklich einträte, brauche die Welt den Willen zu gemeinsamer Arbeit. Und Deutschland vor allem brauche das Abklingen der politischen Leidenschaften als unumgängliche Voraussetzung für den Wiederaufbau der Wirtschaft. Es sei eine völlig unberechtigte Verdächtigung, daß die Gewerkschaften sich der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Wirtschaft widersetzen. 45 Prozent der Vorstandsmitglieder seien voll arbeitslos. Nur etwa ein Drittel hätte volle Beschäftigung. Daraus könne man ersehen, wie groß das eigene Interesse der Gewerkschaften an der Wiedereinstellung Arbeitsloser sein muß. Die Entscheidungen der Gewerkschaften seien vollkommen frei von parteipolitischen Erwägungen. Die Gewerkschaften würden jede Regierung unterstützen, die die Rechte der Arbeiterschaft unangetastet ließe.

Zunahme der Beschäftigten.

Die Gewerkschaftsstatistik bestätigt die Abnahme der Arbeitslosenzahl.

Die Statistiken des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ergeben entsprechend den amtlichen Veröffentlichungen ebenfalls eine Abnahme der Arbeitslosenzahl. Die Zahl der vom ADGB. erfaßten Arbeitslosen betrug Ende September 1 404 788 gegen 1 436 313 Ende August, so daß eine Abnahme von 31 525 Personen zu verzeichnen ist. Die Zahl der kurzarbeitenden Gewerkschaftsmitglieder fiel von 725 336 auf 701 527, also um 23 809 Personen.

Können Kontingente helfen?

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg sprach im Verlauf seiner Wahlreise in Lübeck. Er befaßte sich vor allem in seiner Rede mit den Kontingentierungsmaßnahmen der Reichsregierung, um die jetzt ein solcher Kampf entbrannt sei. Er sehe es deutlich vor Augen, so führte Dr. Hugenberg aus, wie gerade Handel und Industrie bald die Einführung eines beschränkten und elastisch gehandhabten Kontingentssystems als Übergangszustand zur Wiederherstellung eines gesunden inneren Marktes und einer nationalwirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Deutschlands ebenso segnen werden wie seinerzeit den anfangs so viel bekämpften Übergang Bismarcks zum Schutzzollsystem. Allerdings seien die Formen der Einführung des Kontingentssystems nicht sehr glücklich von der Reichsregierung gewählt worden. Wenn die Mängel nachträglich geheilt würden, könne wohl kaum bestritten werden, daß im Augenblick ein beschränktes Kontingentssystem unserem Handel und unserer Ausfuhrindustrie viel größere Möglichkeiten biete als die jetzige entartete sogenannte „Meistbegünstigung". Das System der Devisenbewirtschaftung müßten wir jedoch vor allem loswerden. Solange es bestehe, hätten wir einfach keine Nationalwirtschaft und damit keine Möglichkeit zu gesunden. Um es abschaffen zu können, müßten im Wege der Schuldenregelung unsere Zins- und Tilgungszahlungen an das Ausland auf den Betrag heruntergesetzt werden, den wir in Form von Warenausfuhr bezahlen können. In diesem Zusammenhang

fordert Dr. Hugenberg einen Wechsel in den für die Handelspolitik praktisch maßgebenden Mitarbeitern der Reichsregierung. Wenn die Mängel des von der Regierung gewählten Systems beseitigt würden, würde im Augenblick ein beschränktes Kontingentssystem dem Handel und der Ausfuhr größere Möglichkeiten bieten als das bisherige handelspolitische System.



Danzigs Völkerbundkommissar.
Zum Hohen Kommissar des Völkerbundes in der Freien Stadt Danzig wurde der Däne Rosting ernannt.

Deutsch-französische Kontingentverhandlungen.

Abordnung in Paris eingetroffen.

Die deutsche Kontingentierungsabordnung ist am Dienstag — von Rom kommend — in Paris eingetroffen. Die Verhandlungen sollen sofort beginnen.

Die Ergänzung der Sozialleistungen.

Die wesentlichen Punkte der Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Ergänzung von Sozialleistungen, die in Kürze veröffentlicht werden wird, sind: Die Sätze der Arbeitslosenversicherung werden um 2 Mark im Durchschnitt erhöht, und zwar gestoffelt je nach dem Familienstand der Versicherten; in der Kranken- und Angestelltenversicherung werden zusätzliche Leistungen, die durch die Verordnung vom 14. Juni verboten waren, wieder zugelassen: in der Unfallversicherung wird der Zuschlag von 7½ Prozent, der gleichfalls durch die Verordnung vom 14. Juni untersagt war, für künftige Versicherungen wieder gestattet.

Notverordnung gegen Kraftwagendiebstahl.

Eine Rede des Justizministers Gürtner.

Vor der Vereinigung Kraftfahrender Journalisten machte am Dienstagabend Reichsjustizminister Dr. Gürtner wichtige Mitteilungen über Maßnahmen der Reichsregierung zur verschärften Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls. Der Reichsjustizminister begann damit, daß man bisher noch kein besonderes Gesetz oder eine Verordnung zur Bekämpfung des Kraftwagendiebstahls erlassen habe, daran sei die Erwägung schuld gewesen, daß das jetzige schon ein Menschenalter bestehende Strafgesetzbuch reformbedürftig sei und daß man die Absicht habe, dem deutschen Volke überhaupt ein neues Strafgesetz zu geben. Aus der Erkenntnis heraus, sie abzuwarten, habe man bisher eine besondere Gesetzesbestimmung zur Bekämpfung des Autodiebstahls unterlassen.

Da dies aber doch noch einige Zeit dauern würde, habe das Reichsjustizministerium jetzt dem Reichskabinett den Vorschlag gemacht, eine Notverordnung zu erlassen, um Strafbestimmungen zu schaffen, durch die die Gerichte in die Lage versetzt werden sollen, das Problem der Bekämpfung des Autodiebstahls befriedigend zu lösen. Der Erlaß dieses Strafgesetzes als Notverordnung sei als ein dauernder gedacht. Das Reichskabinett habe die Vorlage bereits gebilligt; es fehle lediglich die Unterschrift des Reichspräsidenten, um sie zu veröffentlichen.

Der Reichsjustizminister erklärte zum Schluß, daß er immer den Standpunkt vertreten habe, daß der Bruch des öffentlichen Vertrauens strafverschärfend in Betracht zu kommen habe. Er wies dann darauf hin, daß dies wohl die erste Notverordnung sei, die keinen politischen Charakter trage und kein politisches Gesetz sei, weshalb wohl kein Reichstag oder sonstiges Parlament die Aufhebung dieser Notverordnung verlangen würde.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Das gesamte belgische Kabinett ist zurückgetreten, da sich Ministerpräsident Renkin weigerte, die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen. Man rechnet mit einem Geschäftsministerium, das als einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Parlamentskrise, sondern um eine Krise des Regimes.

Ministerpräsident zurückgetreten.

In der Tschechoslowakei.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Udrzal ist nun zur Tatsache geworden. Die politischen Empfänge beim Staatspräsidenten Masaryk auf Schloß Lana wurden abgeschlossen. Der Präsident der Republik begibt sich am Mittwoch nach Prag, um die Neubildung der Regierung in Angriff zu nehmen. Aus Ersparnisgründen werden zwei Ministerien aufgelöst werden.

Ueber die Lösung der neuen politischen Lage wird der derzeitige Präsident des Abgeordnetenhauses, der tschechische Agrarier Abgeordneter Malypetr, verhandeln, der als Ministerpräsident ausersehen ist.

Zur Regierungskrise in Rumänien.

Die Lage noch in der Schwebe.

Maniu wurde am Dienstag vom König empfangen. Beim Verlassen des Schlosses erklärte er, daß er das Angebot des Königs, die Regierung zu bilden und zu übernehmen, nicht abgelehnt habe, daß er sich jedoch zunächst mit seinen Parteifreunden beraten müsse.

Trotz dieser vorsichtigen Formulierung glaubt die Presse, Maniu werde die Regierung übernehmen, vorausgesetzt, daß er mindestens die formelle Zusicherung erhält, wenigstens zwei Jahre am Ruder zu bleiben und freie Hand für den Wiederaufbau Rumäniens zu bekommen.

Ueber die zukünftigen Pläne Titulescus verlautet noch nichts. Die Uebernahme des Außenministeriums komme für ihn jedoch nur in Frage, wenn er die Sicherheit hat, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit sich bedingungslos auf seinen außenpolitischen Kurs festlegt. Ausgeschlossen ist es nicht, daß er wieder auf seinen Londoner Posten zurückkehrt. — Welchen außenpolitischen Kurs die neu zu bildende Regierung einschlagen wird, läßt sich nicht voraussagen. Man muß sich zunächst mit der feststehenden Tatsache begnügen, daß sich Maniu einer Gläubigerkontrolle widersetzt, die die Voraussetzung weiterer technischer Mitarbeit des Völkerbundes am Wiederaufbau Rumäniens bildet, daß der Rußlandpakt nicht unterzeichnet werden wird, und daß sich die Finanzlage immer kritischer gestaltet. Möglicherweise wird der Nachfolger Vajdas eine „Politik der wirtschaftlichen Vernunft" einschlagen, die sich mit dem bisherigen Heriot-Kurs nicht mehr vereinbaren ließe.

Zeugenvernehmung im Klepper-Ausschuss

Preußenkasse und Kölnische Volksztg.

Die Verhandlungen im Untersuchungsausschuß.

Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages begann unter starkem Andrang die Zeugenvernehmung zum Untersuchungskomplex „Kölnische Volkszeitung". Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft wohnte der Sitzung bei, während die Regierung selbst nicht vertreten war. Vor der Beweisaufnahme gab es eine teilweise

erregte Geschäftsordnungsaussprache.

Mehrere Fraktionen nahmen dagegen Stellung, daß sie entgegen einem Versprechen des Vorsitzenden noch nicht im Besitz von Aktenabschriften seien, so daß sie sich nach wie vor noch kein unmittelbares Bild von den zu untersuchenden Vorgängen machen könnten. Ferner wandten sich die Vertreter der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Sozialdemokraten dagegen, daß der Vorsitzende die Akten auf dem Wege über den Reichskommissar der Staatsanwaltschaft zugeleitet habe, obwohl der Reichskommissar mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun habe. Ein Vorschlag des Abg. Steuer (Dtn.), die zu vernehmenden Zeugen im voraus zu vereidigen, fand beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten lebhaften Widerspruch.

Der Berichterstatter Abg. Steuer (Dtn.) zog schließlich seinen Antrag zurück, behielt sich aber vor, nach der Vernehmung eines jeden Zeugen den Antrag zu stellen, der Ausschuß verzichte auf die Vereidigung, weil der Zeuge als Beschuldigter in einem zukünftigen Strafverfahren in Frage komme. Ein kommunistischer Antrag, von den wichtigsten Aktenstücken Abschriften zu machen und sie den Ausschußmitgliedern zuzuleiten, wurde angenommen. Als erster Zeuge wurde der frühere Finanzminister

Dr. Klepper in den Saal gerufen.

Dr. Klepper erklärte zunächst, daß er es ablehnen müsse, auf Fragen des Berichterstatters Abgeordneten Steuer zu antworten, da Steuer in der Öffentlichkeit bereits über ihn ein Urteil abgegeben habe, das er als beleidigend empfinde. Entsprechend einem Zentrumsantrag wurde nach erregten Zusammenstößen zwischen dem Abgeordneten Steuer und Zentrumsabgeordneten beschlossen, die Fragen des Berichterstatters Abgeordneten Steuer durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Zubke (Dtn.) und den Mitberichterstatter, Abgeordneten Dr. Muhs (Natsoz.) an den Zeugen stellen zu lassen.

Hierauf begann die Vernehmung Dr. Kleppers. Die Aussagen Kleppers hielten sich im wesentlichen im Rahmen der bereits von ihm der Öffentlichkeit übergebenen Erklärungen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß

die Geldhergabe für die Kölnische Volkszeitung

doch nicht zu den statutenmäßigen Geschäften der Preußenkasse gehörte, erwiderte Klepper, es sei ständige Praxis gewesen, daß solche Geschäfte, die nur mittelbar mit den Zwecken der Preußenkasse zusammenhingen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeführt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschehe. Solche Geschäfte seien sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Auf weitere Fragen erwiderte der Zeuge über die vertrauliche Behandlung dieser Transaktion, es sei allgemein so, daß Regierungen, wenn sie der Presse in irgendeiner Form finanziell zu Hilfe kämen, dies streng vertraulich täten.

Die weitere Vernehmung des Zeugen Klepper drehte sich insbesondere darum, ob

die Beantwortung einer deutschnationalen Landtagsanfrage durch die Regierung

dahin, daß die Preußenkasse nicht an der Kölnischen Volkszeitung beteiligt gewesen, korrekt gewesen sei. Klepper erklärte, die Verantwortung für diese Antwort habe der damalige Finanzminister getragen. Er habe jedoch keinen Grund, materiell von dieser Antwort abzurücken. Der Kredit sei bereits vor diesem Zeitpunkt auf die Arbeiterbank übergegangen. Der Vorsitzende wies demgegenüber darauf hin, daß doch wohl das tatsächliche Risiko bei der Preußenkasse gelegen habe, da ja diese den Kredit später wieder übernommen habe. Er fragte den Zeugen, ob er unter diesen Umständen die Beantwortung der deutschnationalen Anfrage für richtig gehalten habe. Klepper erwiderte, die Beantwortung sei im damaligen Zeitpunkt vollkommen korrekt und richtig gewesen.

*

Prüfungen der Staatsanwaltschaft.

Während der frühere preußische Finanzminister Klepper vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft, die als Vertreter Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kreismann entsandt hat, vernommen wurde, stellte zur gleichen Stunde die Staatsanwaltschaft bei der Preußenkasse und im Finanzministerium Ermittlungen an. Oberstaatsanwalt Lautz hat in die verschiedensten Akten der Preußenkasse und des Finanzministeriums Einsicht genommen.

*

Klepper-Ausschuß ladet den Reichskanzler als Zeugen.

Bei der Fortsetzung der Vernehmung des früheren preußischen Finanzministers Dr. Klepper im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages erklärte der Zeuge im Verlauf der Fragestellung, daß die Übernahme eines Aktienpaketes der Germania durch die Preußenkasse deshalb erfolgt sei, um zu verhindern, daß Reichskanzler von Papen die Aktienmehrheit der Germania erhielte.

Da Dr. Klepper sich sodann wiederholt weigerte, zu der Frage, ob die Preußenkasse im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl einen Wahlausschuß unterstützt habe, Stellung zu nehmen, hat der Ausschuß beschlossen, zunächst die Aussagegenehmigung des Staatsministeriums hinsichtlich der Beantwortung dieser Frage einzuholen. Gleichfalls lehnte der Zeuge Klepper die Beantwortung der Frage, ob Gelder zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung gegeben worden seien, ab. Die Nationalsozialisten erklärten darauf: „Das genügt uns."

Der frühere Ministerpräsident Dr. Braun

wurde dann vernommen. Er erklärte, daß er in dem vorliegenden Falle keinerlei politische Bedenken gegen die Hergabe der Mittel gehabt habe; ihm sei die Sache aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht gewesen. Auf die Frage, ob die Hergabe solcher Mittel für den vorliegenden Zweck nach seiner Ansicht zu dem Aufgabenkreis der Preußenkasse gehört habe, erwiderte Braun ironisch, er habe geglaubt, daß der Aufgabenkreis der Preußenkasse außerordentlich weit gezogen sei, da sie ja Millionen für einen russischen Hochstapler wie Uralzew ausgegeben habe. Auf die Frage, ob Gelder für die Reichspräsidentenwahl ausgegeben worden seien, erwiderte der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Minister a. D. Hirtsiefer erklärte dann ebenfalls, daß er sich für die Angelegenheit aus grenzpolitischen Gründen entschieden habe. Es wurde darauf beschlossen, als neue Zeugen u. a. Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Planck zu laden. Der Reichskanzler soll über den Ankauf der Germania-Aktien durch die Preußenkasse gehört werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 19. Oktober 1932.

Der Gemüsekeller.

Es wird jetzt Zeit, an den Gemüsekeller zu denken, eine sehr nützliche Einrichtung, von der man mit Recht gesagt hat, daß sie die Fortsetzung des Gartenbaus ist. Gemüsegrube bzw. -miete oder Gemüsekeller, das ist die Frage. Beide sind nötig, um uns die Vorräte die wir mühsam im Garten erzogen haben, zu erhalten und dafür zu sorgen, daß uns diese Vorräte nicht ausgehen, bis der Garten im nächsten Jahre eine neue Ernte abzuwerfen beginnt.

Der reinen Zweckmäßigkeit nach ist die Gemüsemiete vorzuziehen. Je nachdem, wie groß wir sie anlegen, fassen diese Gruben unbegrenzte Vorräte. Sind sie richtig abgedeckt und werden sie vor zu großer Erwärmung oder Verkühlung gesichert, so kann in ihnen nichts passieren. Ihr Inhalt bleibt in guter Beschaffenheit. Schon in der grauen Vorzeit haben die Menschen ihre Wintervorräte so untergebracht, vieles, wie z. B. der größte Teil der zur Volksernährung nötigen Kartoffeln, ließe sich anders gar nicht über den Winter bringen. Die Sache hat nur einen Haken: Eine solche Grube muß in bequemer Nähe beim Hause sein, damit man die Vorräte immer zur Hand hat und damit man den Inhalt beobachten kann, wenn das Wetter stark umschlägt, also eine Lüftung oder stärkere Bedeckung nötig ist.

In der Stadt wird man daher zum Gemüsekeller seine Zuflucht nehmen müssen. Es gibt auch Leute, die das aus gesundheitlichen Gründen tun, weil sie annehmen, daß das so aufbewahrte Gemüse einen stärkeren Vitamingehalt aufweist. In der Tat können wir viele Gemüsesorten und Suppenkräuter im Gemüsekeller in lebendigster Beschaffenheit erhalten. Notwendig ist dazu, daß der gewählte Keller luftig, also nicht dumpfig ist und daß er einigermaßen hell ist.

Die weitere Zurichtung ist sehr einfach. Man schüttet ein etwa dreißig Zentimeter hohes Sandbeet auf, welches man der Reinlichkeit halber in Bretter einfaßt. Man kann auch eine Anzahl Kisten mit etwa dreißig Zentimeter hohen Seitenbrettern dazu verwenden. Bedingung ist dann nur, daß das hier hineingesetzte Gemüse bei ganz trockenem Wetter aus der Erde genommen worden ist, und daß man nur völlig unbeschädigte Pflanzen in den Gemüsekeller einschlägt, da man sonst Verluste durch Fäulnis zu befürchten hat. Wird es dann sehr kalt, so muß man die Fenster vorübergehend mit einer Strohpackung, bei schärfster Kälte, wie wir sie vor vier Jahren hatten, sogar mit Pferdedung verpacken. Unerläßlich ist ein Thermometer. Die beste Temperatur liegt stets zwischen zwei und sieben Grad.

In diesem Sandbeet im Gemüsekeller erhalten sich frisch und schmackhaft Sellerie, Petersilienwurzel, später Blumenkohl, Kohlrabi (am besten blauer), Steckrüben, rote Rüben, Mohrrüben, Schwarzwurzeln, Endivien usw. Man bringt auch solche Gewächse in den Gemüsekeller, die an sich im Freien bleiben können, die man aber auch bei starkem Frost jederzeit zur Hand haben möchte, wie Porree, Meerrettich, Pastinaken. Auch schwarze Rettiche halten sich gut im Sand. Ist der Keller hell genug, so kann man sogar späte Bohnen, die man bei eintretendem Frost mit der Wurzel aus der Erde gezogen hat, hier noch zwei bis drei Wochen lang als frisch erhalten.

Fleißig Zeitung lesen!

In einer mitteldeutschen Stadt wurde kürzlich ein Kaufmann wegen eines Verstoßes gegen die Devisenordnung zu einer Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe noch wesentlich erhöht. Der angeklagte Kaufmann hatte sich damit herauszureden gesucht, daß er das in Frage kommende Gesetz nicht gekannt habe. Worauf das Gericht in der Urteilsbegründung erwiderte, daß ein Mann, der im öffentlichen Leben stehe, sich nicht auf Unkenntnis des Gesetzes berufen dürfe: er habe eben Zeitungen zu lesen!

Daß Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schütze, ist ein längst und wohl allgemein bekannter Satz. Daß in diesem Zusammenhange aber von einem Gericht auf die Bedeutung der Zeitung hingewiesen wird, ist sehr wichtig. An solchen Wert der Zeitung und des Zeitungslesens hatten bisher wohl nur wenige gedacht — leider nur wenige! Man sollte es eigentlich für selbstverständlich halten, daß die Zeitung auch mal von diesem Gesichtspunkte aus ins Auge gefaßt wird. Da lesen nun viele die Zeitung, um sich ein bißchen in der Politik umzusehen, um das Neueste vom Neuen zu erfahren, um die Börsenkurse zu studieren, um sich durch einen interessanten Roman fesseln zu lassen, um aus den Inseraten

Rund um den Reichstag

Warnung vor Wahlmüdigkeit.

Vielfach wird die Meinung ausgesprochen, daß das deutsche Volk wahlmüde sei und daher bei den Novemberwahlen eine geringere Beteiligung zu verzeichnen sein werde, so daß die sogenannte Partei der Nichtwähler diesmal besonders groß werden könnte. Nach übereinstimmenden Berichten über die politische Lage im Reiche kann nunmehr festgestellt werden, daß von Wahlmüdigkeit keine Rede sein kann. Während früher oft ein Viertel der Wähler das Wahlrecht nicht ausübte, und auch bei der letzten Reichstagswahl noch sieben Millionen Nichtwähler vorhanden waren, rechnet man diesmal mit einer stärkeren Wahlbeteiligung, weil ja zweifellos eine Verschärfung der politischen Gegensätze eingetreten ist. Die Partei der Nichtwähler wird also wohl schlecht abschneiden. Man glaubt, daß durchschnittlich 85 bis 90 Prozent der Stimmberechtigten an der Wahlurne erscheinen werden. Bei der letzten Reichstagswahl waren 44,2 Millionen Wahlberechtigte vorhanden, von denen 37,1 Millionen ihr Wahlrecht ausübten; das waren 84 Prozent.

Eingaben am laufenden Band.

Nach Artikel 126 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Von diesem Recht, für das die Verfassung besagt, daß es sowohl vom einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden kann, wird recht häufig Gebrauch gemacht. Besonders den Parlamenten ist hier ein schier unerschöpfliches Arbeitsgebiet erwachsen, wenn auch die große Öffentlichkeit von dieser Tätigkeit der Parlamente kaum erfährt. Allerdings liegt die Hauptarbeit auf diesem Gebiet fast ausschließlich in den nichtöffentlichen Ausschußverhandlungen. Die Parlamente selbst geben nur die formelle Bestätigung der Ausschußbeschlüsse; eine sachliche Erörterung der Eingaben findet in den Vollsitzungen so gut wie überhaupt nicht statt. Da es sich auch meist um persönliche Wünsche einzelner Staatsbürger handelt, so geht sowohl im Reichstag als auch in den Länderparlamenten die Erledigung der zahlreichen Eingaben fast unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich. Die Mehrzahl der Eingaben bezieht sich auf Angelegenheiten, die innerhalb der Hoheitsrechte der Länder liegen; so ist es natürlich, daß neben dem Reichstag die Länderparlamente besonders stark mit Eingaben in Anspruch genommen werden. Geradezu mit Eingaben überhäuft wird der Preußische Landtag. In den wenigen Monaten der letzten Wahlperiode sind bereits annähernd 6000 Eingaben eingegangen. Täglich laufen durchschnittlich 60 bis 80 Stück dort ein. Oft aber sind sie an die falsche Adresse gerichtet, weil der Instanzenweg noch nicht erschöpft ist. Deshalb werden im Durchschnitt zwei Drittel aller beim Landtag eingehenden Petitionen wieder an die Petenten zurückgeschickt, denen dabei mitgeteilt wird, an welche Behörde sie sich zumeist zu wenden haben, ehe sie bei der Volksvertretung vorstellig werden. Die übrigen Eingaben werden den für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Ausschüssen zur Erledigung überwiesen. Nicht selten gehen auch Eingaben ein, in denen die unmöglichsten Dinge vom Parlament gefordert werden. Was die Erledigung der Eingaben angeht, so werden sie im günstigsten Falle dem Staatsministerium „zur Berücksichtigung" überwiesen, andere „zur Erwägung". Eine andere Art der Erledigung ist — hier handelt es sich meist um irgendwelche Anregungen für Gesetzesänderungen usw. — die Überweisung an die Regierung „als Material". Die endgültige Erledigung liegt bei der Regierung.

Wahlgroschensammler.

Der Wahlkampf wird mit aller Heftigkeit und mit allen Mitteln der modernen Werbekunst geführt. Kein Wunder, daß die einzelnen Parteien dabei gezwungen sind, recht tief in die Taschen zu greifen. Durch Mitgliederbeiträge und Spenden wohlhabender Freunde sind die Unkosten kaum noch zu decken. Man wendet sich deshalb vielfach an die Massen und sucht groschenweise die nötigen Summen aufzubringen. An allen Straßen und besonders auf den großen Plätzen der Städte tauchen jetzt Sammler mit Blechbüchsen auf, die durch Parteifarben ihre politische Zugehörigkeit kundtun. Sie schütteln auffordernd die Sammelbüchse. Zuweilen gibt es auch neidvolle Auseinandersetzungen, wenn die eine Sammelbüchse stärker bedacht wird als die andere. Es ist daher schon angeregt worden, mehr System in diese Wahlsammlungen zu bringen und, wenn sie schon einmal zugelassen werden, jeder Partei einen bestimmten Wochentag zuzuweisen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden. Die eine Partei würde dann Montags sammeln, die andere am Dienstag, usw. Das ergäbe also eine „Sammel"-politik in weitestem Umfange.

Kritik Stegerwalds an der Reichsregierung

Auf dem Zentrumsparteitag in Buer sprach Reichsminister a. D. Dr. Stegerwald. Er richtete zunächst sehr scharfe Angriffe gegen Hitler und Hugenberg und beschäftigte sich dann mit der Regierung von Papen, deren Handlungen er scharf kritisierte. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung von Papen billige die Zentrumspartei zum Teil, zum Teil lehne sie diese ab. Die Regierung von Papen hat die Steuerscheine einseitig auf die Trumpfkarte „Wirtschaftsumschwung" gesetzt. Wenn aber diese Trumpfkarte nicht sticht, dann stehen wir in kurzer Zeit vor einer Finanzkatastrophe. Darum muß alles Menschenmögliche geschehen, daß die Trumpfkarte „Wirtschaftsumschwung" sticht. Die Regierung von Papen hat aber das dafür Menschenmögliche nicht getan. Es liegen im Gegenteil eine Reihe außen- und innenpolitischer Fehler vor. Dagegen kämpfen wir an. Wir sind auch für eine Reihe Einzelmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Aber darüber muß man sich klar sein, daß weder diese Einzelmaßnahmen noch die Steuerscheine allein aus der deutschen Wirtschaftsnot durchschlagend herauszuführen vermögen. Voraussetzung dafür sind die großen Fragen der Außen- und Innenpolitik, ist eine stark mit den breiten Volksschichten verbundene Regierung.

Katholische Arbeitervereine an den Kanzler

Die Verbandsvorsitzenden der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und die zugehörigen Diözesanvorsitzenden veröffentlichen einen Offenen Brief an den Reichskanzler, in dem es u. a. heißt:

Wir sind als Seelsorger mit den Stimmungen und Willensbewegungen des gesamten Werkvolkes vertraut. Wir stellen fest: Zu keiner Zeit, nicht einmal in den Monaten des Zusammenbruchs, ging eine so tiefe Unruhe, eine solche Verbitterung und Gärung durch das Arbeitervolk. Das erfüllt uns mit größter Sorge um die Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch ebensosehr um unseren Staat und um die Sache des Christentums. Darum fühlen wir uns im Gewissen verpflichtet, Ihnen gegenüber als unsere feste Überzeugung auszusprechen: Auf diesem Wege können Sie unserem Vaterlande nicht dienen. Der Brief wendet sich dann gegen Umgestaltung und Abbau der sozialen Einrichtungen und vertritt die Auffassung, daß der Kanzler dem Grundsatz „Macht geht vor Recht" huldige. Der Brief schließt mit den Worten: „Herr Reichskanzler! Sie können und dürfen den bisherigen Weg nicht weitergehen. Sie dürfen sich auch nicht weiter vorstoßen lassen!

Reichspost und Winterhilfe.

An dem kommenden großen Winterhilfswerk wird auch die Deutsche Reichspost beteiligt sein. Wie im vorigen Jahr hat sie sich bereit erklärt, im Kraftpostüberlandverkehr die gebührenfreie Beförderung von Liebesgaben für die Winterhilfe zu übernehmen. Als solche Liebesgaben gelten Lebensmittel, Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände, die von Behörden, anerkannten gemeinnützigen Gesellschaften, Vereinen, Ausschüssen usw. beschafft oder gesammelt und von ihnen an Notleidende oder Bedürftige zum unmittelbaren Verbrauch oder Gebrauch abgegeben werden.

Einen wichtigen Teil des diesjährigen Winterhilfswerks wird auch der Vertrieb der Wohlfahrtsmarken bilden. Wie in den früheren Jahren gibt das Reichspostministerium — außer der bereits zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten erschienenen Wohlfahrtspostkarte — Wohlfahrtsbriefmarken heraus, und zwar diesmal zum Freimachungsbetrage von 4, 6, 12, 25 und 40 Pfennig. Der Vertrieb der Marken beginnt am 1. November 1932 und endet, ebenso wie derjenige der Wohlfahrtspostkarten, am 28. Februar 1933. Gültigkeit behalten Marken und Karten aber bis zum 30. Juni 1933. Diese Wohlfahrtspostwertzeichen, deren Vertrieb vor allem Sache der Ausschüsse der Deutschen Nothilfe ist, werden auch bei allen Postanstalten verkauft. Die Postschalterbeamten werden in geeigneter Form für die Wohlfahrtsmarken werben, wie es schon im vergangenen Jahre mit recht günstigem Erfolge geschehen ist. Im Winter 1931/32 wurden insgesamt 11 916 995 Stück solcher Marken und Karten verkauft, was einen Gesamtertrag für die Nothilfe von 610 100 Mark brachte. Von diesem Betrage entfielen 139 743 Mark auf die an den Postschaltern verkauften Wohlfahrtsbriefmarken und -karten. Insgesamt hat die Einrichtung der Wohlfahrtsbriefmarken in den Jahren 1924 bis 1931 rund 7 803 000 Mark zugunsten der Deutschen Nothilfe erbracht.

Für die diesjährige Hindenburg-Spende, die ja in erster Linie den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen über die Not des Winters hinweghelfen soll, hat die Deutsche Reichspost dadurch gewirkt, daß sie ein Werbeplakat für diese Spende bei allen Postanstalten, einschließlich der Postagenturen, Poststellen und Posthilfsstellen, unentgeltlich ausgehängt hat. In ähnlicher Weise hat sie im vergangenen Jahre die große Winterhilfe und die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege unterstützt. In einigen Oberpostdirektionsbezirken haben die Postanstalten auch Geldspenden für die Winterhilfe entgegengenommen.

Steigende Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte.

Die Arbeitsgerichte werden seit ihrem Bestehen in ständig steigendem Maße in Anspruch genommen. Auch im Jahre 1931, für das jetzt die Tätigkeitsberichte der Arbeitsämter vorliegen, hat diese Entwicklung im großen und ganzen angehalten, wenn sich auch die Zunahme der Arbeitsgerichtsverfahren gegenüber dem vorangegangenen Jahre im allgemeinen in ziemlich engen Grenzen hält. Im Bezirk des Berliner Arbeitsgerichts wurden im letzten Jahre rund 69 900 Urteile und 750 Beschlußverfahren anhängig. Bei den Urteilsverfahren ist gegenüber dem Jahre 1930 ein Mehr von etwa 2 Prozent zu verzeichnen, während die Zunahme bei den Beschlußverfahren bei 35 Prozent liegt. Rund 60 Prozent der anhängig gemachten Verfahren waren Arbeiter-, 40 Prozent Angestelltensachen; der Anteil der letzteren ist ständig größer geworden. Was die Austragung der Verfahren angeht, so sind die gütlichen Vergleiche zurückgegangen. Ein Vergleich im Streitverfahren fand in etwa einem Siebentel der Fälle statt. Das Tempo der Verfahrenerledigung konnte beschleunigt werden. 62 Prozent aller im Jahre 1931 beim Berliner Arbeitsgericht anhängig gemachten Verfahren konnten in weniger als einem Monat erledigt werden, 29,9 Prozent beanspruchten eine Zeit von einem bis zu drei Monaten, und zur Erledigung von 8,1 Prozent der Verfahren waren mehr als drei Monate erforderlich. Die weitaus größte Zahl der Fälle wurde ohne Prozeßbevollmächtigte durchgeführt.

Maschine und Arbeitslosigkeit.

Die Technik im Klein- und Mittelbetrieb.

Auf der Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure sprachen verschiedene bekannte Professoren auch über Themen, die über ihren fachmännischen Kreis hinaus die breitere Öffentlichkeit interessieren dürften. Sehr bedeutsam ist die Frage: „Maschine und Arbeitslosigkeit", über die Prof. Dr.-Ing. E. Heidebroek-Dresden folgendes ausführte: Die gegenwärtige Krise legt die Frage nahe, ob es sich diesmal nicht um eine dauernde Umwandlung der Gesellschaftsform handelt, die auf die starke Zunahme der Arbeiter sparenden Maschine zurückzuführen ist. Obwohl ein Überblick über die Arbeitslosenzahlen nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Wirtschaftszweigen ergibt, daß ein großer Teil der Erwerbslosen auf jene Industriezweige fällt, bei denen die Maschine verhältnismäßig wenig Menschenarbeit ersetzt, verpflichtet die Art der Krise doch zu folgender Untersuchung: Heute ist der Bedarf an Arbeitskräften etwa um 2,5 mal geringer als um 1900, rund 32 Millionen Erwerbstätigen stehen etwa 60 Millionen PS. an Energie zur Seite. Berechnet man nun die Leistung des einzelnen Menschen mit 0,1 PS., so kommen rund 20 „Maschinenarbeiter" auf die menschliche Arbeitskraft. Diese Folge des Mechanisierungsprozesses der letzten 30 Jahre läßt sich unmöglich zurückschrauben. Man muß bedenken, daß auf der anderen Seite die Bevölkerung Europas seit 1800 von 180 Millionen auf 500 Millionen gestiegen ist und daß diese Menschenmenge vor allem durch die Entwicklung von Technik und Verkehr nicht nur mit einem Existenzminimum, sondern mit einem erhöhten Lebensstandard versehen worden ist. Während nämlich die Landwirtschaft nur mit 2,6 Millionen am Gesamtzuwachs von Arbeitsmöglichkeit beteiligt ist, treffen auf Industrie, Verkehr und Gewerbe rund 16 Millionen. Daraus folgt, daß auch ein noch so großer Bruchteil der Arbeitslosenziffer, der auf Mechanisierung zurückzuführen ist, bedeutend verschwindet gegenüber dem ungeheuren Umfang an Arbeitsgelegenheit, den allein die Technik schuf.

Warum aber war dann der Zuwachs an Arbeitsmöglichkeiten zu gering, um das Arbeitsangebot auszugleichen? Dieses Versagen hat man nicht der Technik, die nach dem Kriege mehr denn je an Erfindungen reich war, sondern der Finanzwirtschaft zuzuschreiben. Man hat neues Kapital kurzfristig hereingenommen, aber langfristig festgelegt. Eine zweite Ursache liegt ferner in der Tatsache, daß der technische Fortschritt, daß neuerfundene Maschinen, an den Maßstäben unseres Wirtschaftssystems gemessen, zu billig zu haben sind. Es sollten bei großer Arbeitslosigkeit alle Neuanlagen, die zur Freistellung von Arbeitskräften führen, nicht so ohne weiteres zugelassen werden. In Amerika sucht man daher wesentliche technische Umwälzungen unter Konzessionszwang zu stellen und erst dann zuzulassen, wenn sie aus echter Kapitalbildung zuverlässig finanziert werden können. Welche weiteren Wege bieten sich nun gerade mit Hilfe der Technik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Die Verpflanzung von städtischen Arbeitern aufs Land kann keine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen, weil der Bodenraum viel zu gering ist. Höchstens 50- bis 60 000 selbständige Bauernstätten können im Osten neugewonnen werden. Dagegen sollte sich die Ingenieurarbeit mehr den Lebensnotwendigkeiten der mittleren und kleineren Betriebe, dem modernisierten Handwerk, zuwenden; denn es ist fraglich, ob Großbetriebe von vornherein wirtschaftlicher arbeiten als der mittlere und kleinere Betrieb. Nur 2,2 v. H. aller Betriebe gehören der Größenordnung von mehr als 1000 Arbeitern an. Die Elektrotechnik, Erfindungen der Schweißtechnik und Werkstoffkunde, der Kraftwagengüterverkehr sollten daher mehr zur Verstärkung der Lebensfähigkeit kleinerer Betriebe verwendet werden.

Zum Schluß weist Prof. Dr. Heidebroek noch auf einen wichtigen ethischen Gesichtspunkt hin. Die Vereinigung höchster moralischer Qualitäten mit technischer Leistungsfähigkeit muß das höchste Ziel sein. Nicht an der Technik, sondern an der inneren Haltung des modernen Menschen, der sie nicht zu meistern verstand, hat es gefehlt. Die schöpferische Gewalt der Technik wird erst dann wieder der Menschheit zur Verfügung stehen, wenn wir vom Geist her den geistlosen Materialismus der letzten Periode überwunden haben und uns zum Vorrang der ewigen ethischen Güter bekennen.

Deutschlands Bodenschätze.

Deutschland ringt schwer um seinen Bestand. Es hat mit politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen. Und doch ist es an sich ein Land voll weiter Möglichkeiten. Das beweist schon die Fülle seiner Bodenschätze, über die jetzt in der vom Verein Deutscher Ingenieure in Verbindung mit anderen Verbänden herausgegebenen Schriftenreihe „Forschung tut not" berichtet wird. An erster Stelle unter unseren Bodenschätzen steht die Kohle. Deutschland zählt zu den kohlereichsten Ländern der Welt. Bis zu 1000 Meter, d. h. bis zur Teufenstufe, bis zu der beim heutigen Stande der Bergtechnik auch bei schlechter Marktlage die Bauwürdigkeitsgrenze reicht, kann der zu 90 Prozent aus Steinkohlen bestehende Gesamtkohlenvorrat Deutschlands (auf Steinkohlenwert umgerechnet) zu etwa 80 Milliarden Tonnen veranschlagt werden, von denen 55 bis 60 auf das Ruhrgebiet, etwa 4 auf Oberschlesien und 1,5 auf Niederschlesien entfallen. Vergleichsweise klein ist der Braunkohlenvorrat; er beziffert sich auf 22 (nach ihrem Steinkohlenwert etwa 6) Milliarden Tonnen, wovon 75 Prozent in Mitteldeutschland und am Rhein liegen. Deutschlands Kohlenreichtum, der allerdings nur einem kleinen Bruchteil des bis heute bekannten Kohlenvorrats der Welt entspricht, gestattet uns eine Förderung von etwa 180 Millionen Jahrestonnen (Steinkohlenwert), die 12 bis 15 Prozent der Weltkohlenförderung ausmacht. Den Inhalt der deutschen Salzlagerstätten darf man auf einige Billionen Tonnen Steinsalz mit etlichen Milliarden Tonnen Kali abschätzen. Sie machen Deutschland zum Hauptträger der Weltversorgung mit Kali und Steinsalz, die aus unserer Jahresförderung von 8 bis 10 Millionen Doppelzentner Kalisalz und einer Salzgewinnung von etwa 2 Millionen Jahrestonnen — davon zwei Drittel aus Bergwerken — bestritten wird. Der deutsche Eisenerzvorrat, der dem heimischen Bedarf längst nicht mehr genügt, wird heute auf 1,3 Milliarden Tonnen mit rund 500 Millionen Tonnen Eiseninhalt geschätzt. Viel geringer sind die übrigen Erzvorräte. Doch besitzt Deutschland immerhin genügend Bleizinkerze, um unter Umständen zu der Weltversorgung mit Blei und Zink auch aus Eigenem etwas beizusteuern. In Kupfer ist Deutschlands Handelsbilanz stark passiv, da der heimische Erzvorrat gering, der Bedarf dagegen wegen unserer hochentwickelten Elektroindustrie sehr erheblich ist. Deutschlands natürlicher Erdölvorrat ist nach dem Verlust des Elsaß auf Mitteldeutschland beschränkt. Gleichwohl hat die neue Entwicklung des deutschen Erdölbergbaues schlüssig bewiesen, was wissenschaftliche Forschung und bergmännischer Unternehmungsgeist vermögen. Es ist seit dem Kriege gelungen, die deutsche Erdölgewinnung, die heute fast 200 000 Jahrestonnen ausmacht, selbst gegenüber dem Stande von 1913 zu vervielfachen, obgleich seitdem das Erdölgebiet im Elsaß uns verlorengegangen ist.

Welt und Wissen

w. Der Physiker Réaumur. Vor 175 Jahren, am 17. Oktober 1757, starb der französische Physiker und Zoolog Réaumur, der Erfinder eines nach ihm benannten Thermometers mit einer Skala von 80 Graden. Das Réaumursche Thermometer hatte ursprünglich Weingeistfüllung, die erst später durch Quecksilber ersetzt wurde. Heute ist die Temperaturmessung „nach Reaumur" nicht mehr sehr in Gebrauch; sie ist durch die Messung „nach Celsius" ersetzt worden, wobei bemerkt sein mag, daß die nach Celsius benannte Skala von 100 Graden gar nicht von Celsius, sondern wahrscheinlich von Linné herrührt.

zu ersehen, wo es etwas zu kaufen und zu verkaufen gibt, und ob nicht wieder eine amtliche Verordnung erschienen ist. Andere aber sagen sich: Habe ich wirklich nötig, in die Zeitung hineinzugucken? Was es an Neuem gibt in der Politik in der Stadt und in allen sensationellen Ereignissen, das alles erfahre ich schon gelegentlich und vielleicht im Laufe eines Gespräches mit den Nachbarn, und viel mehr brauche ich nicht zu wissen! . . . Mit Verlaub: mn braucht noch einiges mehr zu wissen — der mitteldeutsche Kaufmann hat das zu seinem Schaden an sich selbst erfahren!

Gerade in unserer Zeit bringt die Zeitung eine solche Fülle von Gesetzes- und Notverordnungen, daß man in seinem eigensten Interesse guttut, wenn man sie fleißig liest, sooft sie erscheint. Es genügt wirklich nicht, daß man sich auf die Nachbarn verläßt, um aus ihnen herauszuholen, was in der Welt geschieht. Sie mögen ja mancherlei erzählen können, aber daß sie ungefragt gerade über amtliche Mitteilungen sprechen werden, ist nicht gut anzunehmen, denn schließlich kann man einem, der bloß zuhören will, nicht den gesamten Inhalt einer Zeitung auspacken. Da muß man schon selber lesen. Wie selbst essen fett macht, so macht selbst lesen wissend! Man hat von dem großen Nutzen des Zeitungslesens schon so viel gesagt, daß man meinen sollte, es bleibe zu sagen kaum noch etwas übrig. Aber man sieht, daß man auch hierin irren kann, denn es bleibt da noch immer einiges, was man übersehen hat. Es kann nicht gut verlangt werden, daß jeder sich ein Amtsblatt mit lauter Gesetzesverordnungen hält, um unterrichtet zu sein, aber ein Blatt, das alles Wichtige, Neue und Wissenswerte enthält, auch ohne ausgesprochenes Gesetzesblatt zu sein, solch ein Blatt müßte eigentlich jeder im Hause haben. Dann wird es ihm nicht leicht passieren, daß er in Strafe genommen werden muß, weil er neue Maßnahmen von Behörden nicht kennt. Er kann sich dann mindestens nicht darauf berufen, daß er sie nicht kennt, denn er hat zu jeder Zeit Gelegenheit, sich über „Laufendes" zu unterrichten. Selbst wenn man dauernd Geld für das Abonnement von Zeitungen ausgibt, gibt man in Jahren und Jahren noch lange nicht so viel dafür aus, wie man zu zahlen hat, wenn man auch nur ein einziges Mal bestraft wird, weil man irgendeine Verordnung, die groß und breit in der Zeitung stand, die man aber nicht gelesen hatte, übertreten hat. Also fleißig Zeitung lesen!

—* **Handelskammerprüfung.** Am Sonnabend, den 15. Oktober d. J. fand in den Räumen der Kaufmannsschule, Hagen, die diesjährige Handelskammerprüfung in Stenographie und Maschinenschreiben statt. Für die Prüfung in Stenographie hatten sich 38 Teilnehmer gemeldet, davon bestanden 36, und zwar Abtl. 240 Silben: Helene Engels-Hagen; Abtl. 200 Silben: Erich Himmen, Elisabeth Scheerer und Alfons Schneider aus Lüdenscheid; Abtl. 180 Silben: Rudolf Cremer, Willi Käberich, Emmi Müller, Elisabeth Schulte und Karoline Tomzick aus Hagen; Cläre Plate und Magdalene Wilhelmi aus Lüdenscheid; Abtl. 150 Silben: Irmgard Beutler, Karl Budde, Hanna Dörken Karl Heinz Gemmecke, Josef Hermes, Lotte Pflugstaedt und Toni Tolksdorf aus Hagen; Elisabeth Buhr, Käte Crummenerl, Elisabeth Pakirms, Hilde Röttger, Gerda Scheele, Margarete Weingart u. Grete Wirth aus Lüdenscheid; Heinrich Kembügler, Heinz Riebenstahl und Erna Schoske aus Altena; August Gellmann, Richard Maier und Gerhard Leusting aus Iserlohn; Otto Donges und Willi Hahne aus Plettenberg; Maria Rosenkranz, Milspe; Ludwig Hennemann, Neuenrade; Elfriede Winkelmann, Schwelm. Gemäß der in diesem Jahre neugeschaffenen Prüfungsordnung wurden in den einzelnen Abteilungen nach einem Vordiktat von 2 Minuten Dauer 2 Hauptdiktate von je 5 Minuten Dauer aufgenommen, wovon eins schriftlich übertragen und das andere für die Leseprobe verwandt wurde. Für die Prüfung im Maschinenschreiben hatten sich 7 Teilnehmer gemeldet. Es bestanden alle und zwar Luzia Allwardt, Hans Eick, Fritz Henke, Meta Kamann, Josefine Kuck, Herbert Seckelmann und Ellen Vallbracht sämtlich aus Altena. Neben einem Hausaufsatz über das Thema: „Meine Schreibmaschine" mußten diese Prüflinge eine Satz-, eine Text- und eine Uebertragungsarbeit schreiben, außerdem wurden sie in Maschinenkunde geprüft. Die höchste bei dieser Prüfung erreichte Schreibgeschwindigkeit 6,9 Sekundenanschläge. Im ganzen zeigte die Prüfung bereits sehr beachtenswerte Ergebnisse und hat sicherlich dazu beigetragen, die Prüflinge in ihrem Leistungsstreben zu fördern. Die nächste Handelskammerprüfung in Stenographie und Maschinenschreiben findet am Samstag, den 11. März 1933 statt.

—* **Abholung von Paketen durch die Post.** Man kann täglich die Beobachtung machen, wie Leute mit schweren Paketen weite Wege zurücklegen oder gar die Straßenbahn benutzen, um ihre Pakete zur nächsten Postanstalt zu bringen. Viel bequemer kann man es haben und obendrein noch Zeit sparen, wenn man sein Paket von der Post einfach aus dem Haus abholen läßt. Diese bei der Post schon lange bestehende Einrichtung ist sehr praktisch, offenbar aber noch wenig bekannt. Man hat nichts weiter nötig, als die Post kurz davon zu benachrichtigen, daß ein Paket abzugeben sei, was in denkbar einfachster Form geschehen kann, indem man in den nächsten Briefkasten etwa eine nicht freigemachte Postkarte oder nur einen Zettel mit dem Abholauftrag einwirft oder dem Briefträger mitgibt. Wer einen Fernsprecher hat, kann natürlich auch fernmündlich die Abholung seines Pakets beim Postamt beantragen. In allen Fällen wird dann der Paketzusteller auf dem nächsten Zustellgang in der Wohnung das Paket abholen und damit dem Absender gegen die ganz geringe Gebühr von nur 20 Rpf. im Ort die vielerlei Unbequemlichkeiten abnehmen, die jeder Gang nach der Post mit einem Paket mit sich bringt.

Halver

—=) Im Hotel zur Post hielt am gestrigen Abend der **Verkehrsverein Halver** eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Dr. med. Kauert, eröffnete kurz vor 9 Uhr die Versammlung mit begrüßenden Worten und gab die Tagesordnung bekannt. Der Geschäftsführer Amtsinspektor R. Filling verlas darauf die letzten Niederschriften. Die in der Hauptversammlung beschlossene Errichtung von Verkehrstafeln hat bisher nicht ausgeführt werden können, weil die Gelder für die Reklamefelder noch nicht eingegangen waren. Der nächste Punkt „Satzungsänderung" wurde nach dem Vorschlage des Vorstandes mit einer kleinen Abänderung angenommen. Sodann wurde der Fremdenwerbung eine längere Aussprache gewidmet, die verschiedensten Anregungen wurden gegeben. Die Werbung für den Wintersport soll im Verein mit dem Skiklub durchgeführt werden. Der Verlag Universum GmbH. Berlin beabsichtigt, Bildheftchen über das Sauerland zum Preise von 20 Pfg. das Stück herauszugeben. Es soll versucht werden, diese Bildheftchen in drei Abteilungen zu bekommen: 1. für das Lennegebiet, 2. für das Volmegebiet und 3. für das Ebbegebiet. Bedingung ist, daß eine größere Zahl dieser Hefte abgenommen werden. In diese Heftchen sollen die schönsten Punkte unseres Ortes und der nächsten Umgebung aufgenommen werden. Immer wieder wurde in den Verhandlungen betont, daß der Verkehrsverein seitens der interessierten Kreise und Einwohnerschaft nicht die notwendige Unterstützung finde und daher nicht in der Lage sei, von sich aus die Mittel für diese Werbeheftchen flüssig zu machen. Bürgermeister Watermann unterstrich diese Worte und richtete den dringenden Appell an die Anwesenden, in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen für den Verkehrsverein zu werben, dessen ideale Bestrebungen jeder Bürger unterstützen müsse. Der Vorstand beklage sich bitter, daß er den vom Verband angeforderten Statistiken nicht nachkommen könne, weil die angeforderten Unterlagen ihm nicht gegeben würden. Ein Jeder an seinem Teil müsse an der Verkehrswerbung mitarbeiten. Geschäftsführer Filling bat die Wirte, die zugestellten Fragebogen pünktlich ausgefüllt zurückzugeben, damit er solche dem Verband zum angesetzten Termin zurückreichen könne. Gegen 11,30 Uhr konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit der Mahnung schließen, recht rege für den Verkehrsverein zu werben.

—)(Ein **schweres Autounglück** ereignete sich in der Nacht von Montag auf Dienstag gegen 2 Uhr im Eichholz. Ein mit zwei Herren und einer Dame besetztes Personenauto, auf der Fahrt von Halver nach Lüdenscheid begriffen, kam ins Schleudern. Der Fahrer verlor offenbar dadurch die Gewalt über das Fahrzeug. Es kam von der Fahrbahn ab und rannte gegen einen Zaun. Durch den Anprall wurden alle drei Insassen verletzt. Man weckte in der Nähe wohnende Personen, die Dr. Kauert zur Hilfeleistung herbeiriefen. Die Verletzungen der Dame waren ernster Natur, sie mußte sofort ins Lüdenscheider Krankenhaus transportiert werden. Der erheblich beschädigte Wagen wurde am andern Morgen abgeschleppt.

—)(**Unfall.** An einem Personenauto, das vorgestern nachmittag die Straße Halver-Oeckinghausen befuhr, wurde in der Nähe der Stellerschen Besitzung, die linksseitige Windschutzscheibe durch einen Stein zertrümmert. Durch die Glassplitter erlitt der Führer des Autos Handverletzungen. Es gelang ihm aber trotzdem, das Fahrzeug gleich zum Halten zu bringen. Ob der Stein durch einen gerade vorbeifahrenden Autolastzug hochgeschleudert, oder von ruchloser Hand geworfen worden, konnte nicht festgestellt werden.

—)(Der **Evangelische Kirchenchor Halver** gestaltete die gestrige Chorstunde zu einer schlichten Feierstunde für Fräulein Lina Grüber. Sie gehört dem Kirchenchor seit dem Jahre 1903, also 30 Jahre als Mitglied an. In Vertretung des Vorsitzenden sprach Dirigent Lehrer Kurtze der Jubilarin Dank und Anerkennung für die Treue aus, die sie dem Chore in den langen Jahren gehalten. Er teilte Fräulein Grüber mit, daß man sie zum Ehrenmitglied ernannt habe. Als äußeres Zeichen der Verbundenheit ließen die Mitglieder ihr ein Geschenk überreichen. — Im Auftrage des Helferkreises und des Leiters des Kindergottesdienstes überbrachte Ernst Fretlöh Grüße und Glückwünsche der Jubilarin zu ihrem Ehrentage, dabei erwähnend, daß Fräulein Lina Grüber eine der ersten Helferinnen in Halver gewesen, als Pfarrer Meyer den Kindergottesdienst im Jahre 1909 hierselbst eingerichtet habe. Schlicht und einfach, so wie es der Jubilarin Art ist, brachte Fräulein Lina Grüber ihren Dank für die Ehrung zum Ausdruck. Passende Chorlieder gaben dem gesprochenen Wort eine würdige Umrahmung.

—)(Ihr **80. Lebensjahr** vollendet Frau Wilhelm Förster, Schmidtsiepen am Samstag, dem 22. Oktober. Wir gratulieren!

Schalksmühle

—x **Nun gibts doch noch voraussichtlich eine Einheitsliste zu den Kirchenwahlen!** Zwecks Aufstellung einer solchen fand im Konfirmandensaale am Dienstag, 18. Okt. eine gut besuchte Versammlung unter Leitung des Kirchmeisters Martin Holthaus statt. Es bildeten sich anfangs zwei Richtungen, die eine, die die bisherige Vertretung wieder wählen wollte und die andere, die 18 Repräsendanten darunter 2 Vertreter als „Deutsche Christen" berücksichtigt zu wissen wünschte. Nach kurzen, aber friedlichen Auseinandersetzungen, waren auch die „Deutschen Christen" mit der Wiederwahl der bisherigen Vertretung einverstanden, da von den Neuvorgeschlagenen ohnehin sich schon etliche in der bisherigen Vertretung befinden. Ihre endgültige Zustimmung wird allerdings in den nächsten Tagen erst erfolgen. Die etwa fehlenden Leute von der alten Liste sollen dann evtl. mit Leuten der Liste „Deutsche Christen" aufgefüllt werden, wenn die Zahl nicht allzu groß ist. Vom Presbyterium und zwei weiteren Herren wird dann die Liste aufgestellt.

Breckerfeld

—=: **Winterhilfe 1932-33.** Wie im Vorjahre wurde aus den gemeindlichen und kirchlichen Korporationen und den karikativen Vereinen ein Ausschuß für die Winterhilfe 1932-33 gebildet. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Rektor Hörich gewählt. Da die Not ärger ist denn je, wendet sich der Ausschuß mit einem Aufruf an die Bevölkerung, am privaten Liebeswerk der Winterhilfe zu helfen damit es gelingt, die äußerste Not, die letzte Verzweiflung aus den Häusern zu bannen. Sammler werden in den nächsten Tagen vorsprechen und Spenden aller Art gern entgegennehmen. Geldspenden können auch bei der Gemeindekasse oder bei der Sparkasse Breckerfeld auf Scheckkonto Nr. 383 eingezahlt werden.

—f Für Wohltätigkeitszwecke veranstaltet der Verein Deutscher Kriegsopfer, Ortsgruppe Breckerfeld im Saal der Ww. Aug. Klute am 30. Okt. eine **Filmvorführung.** Der Reinertrag ist für die bedürftigen Kinder der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bestimmt.

—f **Durch den Sturm vernichtet** wurde bei einem hiesigen Landwirt ein Teil seiner Weideumzäunung. Durch diesen Umstand vermißte man gestern morgen einige Weidetiere, die nach einigen Stunden ihrer Freiheit wieder eingefangen werden konnten.

—f Von **herabfallendem Gestein** an einem Hause in der Frankfurterstraße wurde eine Frau am Arm verletzt. Glücklicherweise ist die Verletzung nicht ernster Natur.

—f In einem hiesigen Betrieb kam eine jugendliche Arbeiterin mit der linken Hand unter eine Presse und zog sich an einem Finger erhebliche Quetschungen zu, sodaß sie sich in ärztliche Hilfe begeben mußte.

—m **Schwerer Verkehrsunfall.** Aus dem Lastkraftwagen gefallen und schwer verletzt ist am Sonntagmittag der Sohn des Landwirts F. von Berghausen. O. F. fuhr schon seit einiger Zeit mit dem Besitzer eines Lastkraftwagens aus Breckerfeld, der die Milch mit seinem Auto nach Solingen an die Händler liefert. Eine solche Fahrt machte der Wagen auch am letzten Sonntagmorgen. Auf dem Führersitz saßen außer dem Fahrer und O. F. noch zwei Leute. Während der Fahrt ist die Tür aufgegangen und F., der daran saß, ist herausgeflogen und auf der Straße bewußtlos liegen geblieben. Der Unglücksfall geschah in der Nähe von Wermelskirchen. Der Verunglückte ist inzwischen in seine elterliche Wohnung geschafft worden.

Kierspe-Bhf

—b Die **Kirchenvertreter von Kierspe-Bhf.** hatten am Montag abend zu einer Versammlung eingeladen, um die Aufstellung der Kandidaten für die Einheitsliste vorzunehmen. Leider war einem großen Teil der Bürgerschaft der Zeitpunkt dieser Versammlung nicht bekannt, sodaß der Besuch zu wünschen übrig ließ. Vor Eintritt in die Beratungen gab der Versammlungsleiter die Bestimmungen bekannt nach welchen gewählt werden muß. Er gab noch bekannt, daß man sich innerhalb der Vertretung geeinigt habe, eine Einheitsliste aufzustellen. Jeder Schul- bezw. Wahlbezirk stelle aber seine Vertreter selbst auf. Eine größere Zahl von Ersatzleuten soll geeichzeitig aufgestellt werden. Man stellte folgende Herren auf: Arnold Voßwinkel, August Heßmert sen., Paul Otto, Albert Kattwinkel, Willi Funke, Wilh. Bremicker, Rektor Berkemann, Wilh. vom Dahl, Hermann Wiegold, Heinrich Buhlmann, Fritz Potthoff, Hermann Becker, Hugo Fastenrath, Willi Eckes, Ersatzvertreter: Ewald Schlieper, Fritz Schrieber (V.-Berg), Fritz Hecht Karl Linde, Ernst Bremicker, Willi Gogarten, Wilh. Schürfeld, Walter Pollmann, Wilh. Borlinghaus, (Windfuhr), Ernst Lemmer, Lehrer Distelmeier, Hugo Eichhoff Fritz Kemper, Otto Ruhe, Fritz Isenburg (H.-Berg), Wilh. Weiland, Ernst Fastenrath, Ernst Schulte, Hermann Rockemann. Sollte jemand der genannten Herren die Wahl ablehnen, so rückt der nächste nach.

*

Lüdenscheid. Tod in der Talsperre. Auf der Sperrmauer der Füelbecker Talsperre wurden gestern morgen Kleidungsstücke eines Mannes gefunden. Die Untersuchung ergab, daß sie einem etwa 30jährigen Fabrikarbeiter aus Lüdenscheid gehörten. Der Mann hat in der letzten Zeit ein stark verstörtes Wesen zur Schau getragen, so daß anzunehmen ist, daß er den Tod in der Talsperre gesucht hat. Die Polizeibehörde des Amtes Lüdenscheid hat sofort die Suche nach dem Toten aufgenommen und hat die Leiche geborgen.

Madfeld. Durch Feuer wurde das Anwesen des Landwirts H. Wegener zerstört. Gegen 1 Uhr wurde der Brand durch die Tochter des Besitzers, die mit dem Auto von einer Tour zurückkehrte, bemerkt. Die hiesige Brandwehr trat sofort in Tätigkeit; ferner wurden die Motorspritzen von Hoppecke und Olsberg herbeigerufen, die aber naturgemäß erst mit Verspätung eintreffen konnten. So fiel das ganze Besitztum den Flammen zum Opfer. Etwa 60 Fuder Erntevorräte sind mit verbrannt. Nur einige Möbelstücke und das Vieh konnten gerettet werden.

Schöningen. Mit dem Lastauto durch eine Hauswand. Bei dem Versuch, einem Personenkraftwagen auszuweichen, streifte ein Brauereilastwagen mit Anhänger in Esbeck die Ecke eines Hauses. Die Hauswand wurde eingedrückt und da Einsturzgefahr bestand, mußte das Haus abgestützt werden.

Nah und Fern

○ **Hamburger Zwanzigmarkscheinfälscher abgefaßt.** In Hamburg wurde eine ganze Bande von Zwanzigmarkscheinfälschern abgefaßt. Der Hauptfälscher, ein gewisser Petersen, der wegen Brandstiftung im Zuchthause in Rendsburg saß, von dort aber vor einem Jahre geflüchtet ist, wird noch gesucht. Die Bande war, als sie überrascht wurde, mit der Herstellung einer neuen Reihe von Zwanzigmarkscheinen beschäftigt.

○ **Ludwig Lang, der Förderer der Oberammergauer Schnitzkunst, gestorben.** In Oberammergau starb im Alter von 88 Jahren Ludwig Lang, ehemaliger Leiter der berühmten Oberammergauer Schnitzereischule und Ehrenbürger von Oberammergau. Zweimal leitete Ludwig Lang die Oberammergauer Passionsspiele. Er ist nicht zu verwechseln mit den Christusdarstellern Anton und Alois Lang.

○ **Liebestragödie in Danzig.** Im Hause Posadowskyweg 16 in Danzig-Langfuhr wurde ein Brautpaar durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Es handelt sich um die 35jährige Kassiererin Margarete Barth aus Danzig und den 47jährigen Kaufmann Hermann John aus Hannover. Der Beweggrund der Tat ist unbekannt.

⊙ **24 Tote beim Temesvarer Eisenbahnunglück.** Nach den letzten Angaben beträgt die Zahl der Todesopfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks bei Temesvar 24, die Zahl der Verletzten 18.

⊙ **Revolte in einem kanadischen Zuchthaus.** In dem Zuchthaus von Portsmouth (Ontario), das etwa 1000 Insassen hat, brach eine schwere Revolte aus. Zwischen Zuchthäuslern und Wärtern entwickelten sich Schießereien. Die Zuchthäusler legten mehrere Brände an. Da mit der Überwältigung der Wärter durch die Zuchthäusler gerechnet wurde, wurden Truppen zu Hilfe gerufen, die einen Gürtel um das Zuchthaus legten und alle Zugangsstraßen besetzten. Erst gegen Mitternacht konnte man der Lage Herr werden.

⊙ **Ein Güterzug mit Munitionsladung in die Luft geflogen.** Bei Entre Rios im Staate Rio de Janeiro ist ein Güterzug, der große Munitionsladungen mit sich führte, in die Luft geflogen. Sechs Personen wurden getötet und zwölf verletzt.

⊙ **Ein Schlaganfall Gandhis?** Gandhi ist, wie der „Daily Herald" meldet, kurz nach Beendigung seines Hungerstreikes von einem Schlage getroffen worden. Man habe außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um zu verhüten, daß Nachrichten über seinen Zustand die indische Bevölkerung erreichen.

⊙ **Ein amerikanischer katholischer Missionar von chinesischen Banditen ermordet.** In der Nähe von Charbin wurde ein amerikanischer katholischer Missionar von chinesischen Banditen ermordet. Die etwa 50 Mann starke Bande eröffnete plötzlich das Feuer auf den Missionar, der von 15 japanischen Soldaten begleitet wurde. Es entwickelte sich eine Schießerei, bei der der Missionar den Tod fand. Die Chinesen konnten schließlich, nachdem noch ein japanischer Soldat verwundet worden war, in die Flucht geschlagen werden.

⊙ **Ein Luxushotel an der französischen Riviera niedergebrannt. Eines der größten Luxushotels an der französischen Riviera, das Grand-Hotel am Kap Martin in der Nähe von Mentone, wurde ein Raub der Flammen. Der Luxuspalast, in dem viele bekannte Staatsmänner abzusteigen pflegten, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden beläuft sich auf etwa 15 Millionen Franc. Das Feuer hatte im Fahrstuhlschacht begonnen.**

○ **Polizei und Feuerwehr gegen einen Schimpansen.** In einer Berliner Mietwohnung hatte ein Schlosser einen etwa einen Meter großen Schimpansen in Pflege. In einem Wutanfall befreite sich das Tier von seiner Kette und brachte seinem Pfleger schwere Bißwunden bei; dann entfloh es und kletterte in eine fremde Wohnung, wo es von der alarmierten Feuerwehr und mehreren Polizeibeamten wieder eingefangen wurde. Der Schimpanse soll jetzt aus der Wohnung seines Pflegers weggeschafft werden.

○ **Ein Toter, drei Verletzte bei einem politischen Zusammenstoß.** Zu einem schweren politischen Zusammenstoß kam es in Lohrsdorf bei Bad Neuenahr. Nationalsozialisten, die auf Rädern durch das Dorf fuhren, wo gerade in einem Hause eine Festlichkeit stattfand, gerieten mit Festteilnehmern auf der Straße in politische Auseinandersetzungen, die in eine schwere Schlägerei ausarteten. Ein Teilnehmer wurde dabei totgeschlagen, drei wurden mehr oder minder schwer verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

○ **Drei Lübecker Motorradfahrer tödlich verunglückt.** Zwei junge Kaufleute aus Lübeck, die eine Motorradfahrt unternommen hatten, wollten zwischen Dassow und Selmsdorf in voller Fahrt mehrere Autos überholen. Dabei verlor der Fahrer die Gewalt über das Rad, das mit voller Wucht gegen einen Chausseebaum prallte. Fahrer und Begleiter wurden auf der Stelle getötet. Kurz vorher hatte ein Lübecker Motorradfahrer einem Pferdefuhrwerk ausweichen wollen. Das Ausweichmanöver wurde zu spät ausgeführt, und der Begleiter des Fahrers wurde von der Deichsel des Fuhrwerks buchstäblich aufgespießt. Er wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt, wo er jedoch kurz nach seiner Einlieferung gestorben ist.

○ **Ein verurteilter Breslauer Arzt vor dem Fluchtversuch verhaftet.** Der Breslauer Arzt Dr. Wiesner, der in dem Strafprozeß der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse vor einiger Zeit mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden war, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen worden. Dr. Wiesner wollte unter Benutzung eines gefälschten Passes nach Brasilien auswandern. Wiesner ist verurteilt worden, weil er als Vertrauensarzt für Kriegsbeschädigte die AOK. um große Summen geschädigt hatte.

○ **Zwei Opfer des Wilden Kaisers.** Im Wilden Kaiser stürzten wieder zwei Touristen tödlich ab, der 22 Jahre alte Student der Technik Karl Moltan aus Salzburg und der 32 Jahre alte Lehrer Ludwig Hall aus Offenburg in Baden. Der Unfall geschah an der berüchtigten Fleischbank-Ostwand und ist auf einen Riß des Seiles zurückzuführen. Die Leichen wurden geborgen und nach Kufstein gebracht.

⊙ **Schweres Bergwerksunglück in England.** Auf der Plank-Lane-Grube bei Leigh in Lancashire ereignete sich ein folgenschweres Unglück: der Förderkorb stürzte in die Tiefe, 19 Bergleute wurden getötet.

⊙ **Zwei Tote bei einem Flugzeugabsturz.** In der Nähe von Bromberg ereignete sich ein Flugzeugunglück, dem zwei Personen zum Opfer fielen. Eine Maschine des polnischen Aeroklubs aus Danzig mußte wegen Motorschadens eine Notlandung vornehmen. Dabei grub sich das Flugzeug derart in den vom Regen aufgeweichten Boden ein, daß es sich überschlug. Der Pilot Pryjas aus Danzig und seine Begleiterin fanden den Tod.

⊙ **Die Stadt Nordheimsund niedergebrannt.** Die Stadt Nordheimsund, 90 Kilometer von Bergen, am Hardanger Fjord, ist zum großen Teil niedergebrannt. Das Postgebäude und das Telegraphengebäude sind nur noch Brandruinen. Die meisten niedergebrannten Gebäude waren aus Holz erbaut und Geschäftshäuser mit darübergelegenen Etagenwohnungen. Alle Holzwarenfabriken des Städtchens sind ein Opfer des Brandes geworden. Ein großer Teil der Bevölkerung ist obdachlos und wird vorläufig in Bergen Wohnung nehmen müssen. Der Schaden geht in die Millionen.

⊙ **50 000 Doppelzentner Getreide verbrannt.** Einem Schadenfeuer, dessen Ursache noch nicht festgestellt werden konnte, fielen in Soissons zwei fünfstöckige Getreidespeicher einer landwirtschaftlichen Gesellschaft zum Opfer. Etwa 50 000 Doppelzentner Getreide sind hierbei vernichtet worden. Der Schaden wird auf etwa zehn Millionen Franc (rund 1,6 Millionen Mark) geschätzt. Die Feuerwehr, die durch eine Abteilung Infanterie verstärkt war, mußte sich darauf beschränken, die Nebengebäude vor dem Übergreifen des Brandes zu schützen.

Aufruf!

In seiner Sitzung am 4. d. M. hat der Ausschuß zur Durchführung einer Nothilfe in der **Gemeinde Schalksmühle** beschlossen, in diesem Jahre wieder Sammlungen zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen der Gemeinde Schalksmühle zu veranstalten.

Der Ausschuß richtet daher an Alle, denen die Not des Nächsten am Herzen liegt, die dringende Bitte, sich an diesem Liebeswerk zu beteiligen. Die gesammelten Beträge werden dem bei der Amtssparkasse Halver eingerichteten Scheckkonto „Nothilfe der Gemeinde Schalksmühle" zugeführt. Weitere Spenden können diesem Konto unmittelbar überwiesen werden.

Die hereinkommenden Mittel werden zunächst zur Versorgung der hilfsbedürftigen Bevölkerung mit Kohlen und Kartoffeln verwandt.

Da die Not heute gegenüber dem Vorjahre weit größer ist, hofft der Ausschuß, daß die Gemeindeeingesessenen das Hilfswerk tatkräftig unterstützen.

Schalksmühle, den 5. Oktober 1932.

Der Ausschuß zur Durchführung einer Nothilfe in der Gemeinde Schalksmühle.

⊙ **Drei Frauen von einem Schnellzug überfahren.** In Brons bei Grenoble ereignete sich ein furchtbares Unglück, das drei Todesopfer forderte. Drei Frauen überquerten am Bahnhof Brons die Gleisanlagen. Dabei blieb eine von ihnen mit dem Schuhabsatz in der Weiche stecken. Als die beiden anderen ihr helfen wollten, wurden alle drei von einem Schnellzug erfaßt und zermalmt.

○ **Schmugglerjagd bei Köln.** Der Zollfahndungsstelle in Köln war ein Schmuggelauto von der Grenze her gemeldet worden. Bei Grevenbroich wurde das Auto gesichtet. Es setzte eine wilde Jagd ein, die erst bei Pulheim in der Nähe von Köln endete. Als der Schmuggler keinen Ausweg mehr sah, sprang er ab und versuchte zu flüchten. Die Zollbeamten streckten ihn durch einen Schulterschuß nieder. Der Schmuggler übte seine Tätigkeit schon seit nahezu zwei Jahren aus. In dem Auto fand man anderthalb Zentner geschmuggelten Tabak.

Die blutigen Vorgänge in Simmering.

Untersuchung abgeschlossen.

Die Gerichtskommission, die die blutigen Vorfälle in Simmering untersuchte, hat ihre Arbeiten beendet. Im Nachbarhaus des Parteiheims schien eine Reihe von Einschußspuren vorhanden zu sein, was darauf schließen ließ, daß auch die Nationalsozialisten geschossen hätten. Die Schießsachverständigen stellten jedoch fest, daß diese „Einschußspuren" mit Bohrern oder Meißeln vermutlich schon vorher hergestellt worden seien.

Von den zehn Schutzbündlern, die durch Zeugen überwiesen sind, geschossen zu haben, legten vier ein Geständnis ab. Andere Verhaftete haben gestanden, daß sie sich der Polizei im Parteiheim mit Eisenstangen bewaffnet entgegenstellten.

Des Mordes an dem Wachtbeamten ist ein Schutzbündler namens Thiel verdächtig. Man glaubt, daß die Leichenöffnung weitere Schuldbeweise zutage fördern wird. Bekanntlich ist von sozialdemokratischer Seite behauptet worden, daß der Wachtmann durch Schüsse von nationalsozialistischer Seite getötet worden sei.

Im ganzen sind noch 57 Personen im Zusammenhang mit den Vorfällen in Haft.

Mit dem toten Sohn auf gekentertem Boot.

Erschütternde Fischertragödie auf der Ostsee.

Der Kapitän des zum Hafenbauamt Swinemünde gehörenden Regierungsdampfers „Walter Körte" bemerkte in der Swinemünder Bucht etwa drei Meilen von Koserow entfernt ein kieloben treibendes Boot, an das sich ein völlig erschöpfter Mann geklammert hatte. Nachdem der Schiffbrüchige an Bord genommen war, wurde die Leiche eines jungen Mannes entdeckt, die an dem kleinen Fahrzeug festgebunden war.

Der Dampfer nahm sofort Kurs auf Swinemünde. Hier wurde der ältere Mann ins Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um den 53jährigen Fischer Otto Haack aus dem Ostseebad Zinnowitz. Nachdem Haack das Bewußtsein wiedererlangt hatte, erzählte er, daß er mit seinem 25jährigen Sohn vorgestern aus Zinnowitz in See gefahren sei. Abends seien sie von dem plötzlich aufkommenden Sturm überrascht worden und gekentert.

Er und sein Sohn hätten sich an dem kieloben treibenden Boot festgehalten. Bei dem stundenlangen verzweifelten Kampf gegen die hohen Wellen habe der Sohn schließlich die Kräfte verloren. In seiner Todesangst habe er den Sohn angefeilt, um ihn ja nicht zu verlieren.

Dann hat der Vater Haack auf dem gekenterten Boot in Sturm und Wellen über zwölf Stunden bis zum Mittag des nächsten Tages ausgehalten, bis endlich die Rettung durch den Dampfer nahte.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 18. Oktober.

Eine jugendliche Kraftwagendiebesbande ausgehoben.

Berlin. Vor einigen Tagen wurden zwei junge Burschen festgenommen, die sich an einem Kraftwagen verdächtig zu schaffen machten. Nach längerem Verhör gaben sie schließlich zu, den Wagen in Dresden gestohlen zu haben und daß sie ihn in Berlin verkaufen wollten. Bei dem Verhör stellte sich ferner heraus, daß die Festgenommenen zu einer Kraftwagendiebesbande in Dresden gehörten, die sich durchweg aus Jugendlichen bis zu 15 Jahren zusammensetzte und neben mehreren Wagen auch sechs Krafträder gestohlen hatte.

Neueinstellungen in Bayern.

München. Nach einer Zusammenstellung des Landesschlichters für Bayern sind in der Zeit vom 9. bis 15. Oktober in Bayern 1040 Arbeiter und zwei Angestellte eingestellt worden. Insgesamt wurden in Bayern seit Inkrafttreten der Notverordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit bis zum 15. Oktober 5814 Arbeiter und 47 Angestellte neu eingestellt.

Unterschlagungen bei einer Innungskrankenkasse.

Breslau. Nachdem schon im Jahre 1929 bei der Krankenkasse der Breslauer Friseurinnung erhebliche Unterschlagungen festgestellt worden waren, wurde jetzt wieder eine Veruntreuung von 10 000 Mark aufgedeckt. Der Geschäftsführer hatte eine „doppelte" Buchführung angewendet, indem er zwei Einnahmebücher führte. In dem einen verbuchte er die tatsächlichen Einnahmen, in dem anderen nur die Beträge, die er für gut befand. Die Friseurinnung stellte der Krankenkasse sofort einen Überbrückungskredit zur Verfügung, so daß die ordnungsmäßige Weiterführung der Kasse gewährleistet ist.

Schwere Schäden durch eine Windhose.

Wesselburen (Dithmarschen). Über Reinsbüttel zog eine Windhose hinweg, die großen Schaden anrichtete. Ein Wohngebäude wurde vollständig umgeworfen, ein Stall wurde abgedeckt und die Mauern teilweise beschädigt. Auch zwei weitere Gehöfte haben schweren Gebäudeschaden erlitten. An vielen Häusern wurden Dachbedeckungen und Ziegel heruntergerissen. Personen wurden nicht verletzt.

Todessturz aus dem D-Zug.

Kassel. Kurz hinter Nordhausen wurde auf der Bahnstrecke die Leiche eines jungen Mädchens, der die Schädeldecke zertrümmert war, aufgefunden. Es handelt sich um die 19 Jahre alte Berliner Kontoristin Erna Uhlenhop, die seit dem 2. Oktober von ihren Eltern vermißt wurde. Ob die Uhlenhop aus dem Zuge gestoßen worden oder selbst hinausgesprungen ist, ist noch ungeklärt.

Dr. Franzen wieder im Kieler Amtsgericht tätig.

Kiel. Der ehemalige braunschweigische Kultusminister Dr. Franzen, der in letzter Zeit in Kiel als Rechtsanwalt tätig war, ist ab 1. November wieder als Amtsgerichtsrat bei der Justizverwaltung in Kiel angestellt worden.

Amtliches Dementi zu den Gerüchten über Jakob Goldschmidt.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Nationalsozialistische Zeitungen verbreiten das Gerücht, der Bankier Jakob Goldschmidt sei auf Wunsch des Reichskanzlers nach Paris gefahren, um dort über eine Anleihe von fünf Milliarden Mark zu verhandeln. An dieser Meldung ist kein wahres Wort.

Der englisch-russische Handelsvertrag gekündigt.

London. Der englische Dominionsminister teilte dem Unterhaus mit, daß die Regierung den englisch-russischen Handelsvertrag vom 16. April 1930 gekündigt habe, da die Meistbegünstigungsbehandlung Rußlands in Widerspruch zu dem in Ottawa abgeschlossenen englisch-kanadischen Zollvertrag stehe.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Warum husten Sie noch?

Viele bewährte Mittel gegen Husten, Heiserkeit, bei Erkrankung der Atmungsorgane empfiehlt:

Drogerie Carl Baukloh, Kierspe-Bhf.

Neue billige

Romane

Volksausgaben — Gute Orginal Leinen-Bände.

Hollaender, F.	Baumeister Keßler	RM.	2,40
Ganghofer	Der laufende Berg	„	2,40
Ammers-Küller	Die Frauen der Coornvelts	„	2,85
„	Frauenkreuzzug	„	2,85
Mann, Thomas	Königliche Hoheit	„	2,85
Frenssen, Gust.	Der Pastor von Poggsee	„	2,85
Raabe, Wilh.	Der Hungerpastor	„	2,85
Hamsun, Knut	Das letzte Kapitel	„	2,85
Jacobsen	Niels Lyhne	„	2,85
Keller, Paul	Das letzte Märchen	„	2,85
„	Die fünf Waldstädte	„	2,85
„	Seminartheater	„	2,85
„	Stille Straßen	„	2,85
„	Die alte Krone	„	3,75
Schröer, Gust.	Der Freibauer	„	2,85
Sudermann, H.	Frau Sorge	„	3,50
Rosegger, Peter	Erdsegen	„	3,50
Rose, Felicitas	Der Tisch der Rasmussens	„	3,80
„	Bilder aus den vier Wänden	„	3,80
„	Meerkönigs Haus	„	3,80

vorrätig **Buchhandlung**

Wilh. Bell jr., Halver.

Telefon 442.

Mittwoch u. Donnerstag im Hauptgeschäft, Kronprinzenstraße

Schellfisch

lebendfrisch ohne Kopf.

Konsumverein Halver e. G. m. b. H.

Darlehen

schnell und unkündbar bis zu RM. 3000 gegen Möbelsicherheit, Mindestwartz. 2 Mon. durch:

Wilh. Ramowsky, Halver.

Rasierklingen

pro Stck. 2½, 5, 10 u. 15 ₰

Wilh. Bell jr., Halver.

Eisu- Holz- Metall- **Betten**, Stahlmatr., Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Privatenz. Katalog 1914 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Hat Ihre Wohnung einen neuen Fußboden-Anstrich nötig?

Dann kommt nur „RAFFINIT", die ges. gesch. Fußboden-Lackfarbe in Frage!

„Raffinit" gibt alten abgetretenen Fußböden sofort neues, spiegelglattes Aussehen und trocknet über Nacht glashart auf. In allen Farbtönen erhältlich!

1 Kilo-Dose 1.80 RM.

Alle Sorten Pinsel, sämtliche Artikel zum Anstreichen und für den Hausputz führt in bester Qualität billigst:

Tapetenhaus „Hansa"

Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19/21 am Karlsplatz.

Haltestelle der Ommnibuslinien ‚Mark-Sauerland' u. ‚Wupper-Sieg'.

PLAKATE

für alle Veranstaltungen

i. wirksamer Ausführung

liefert die Buchdruckerei

Wilh. Bell jr.

Telef. 442 **Halver** Telef. 442

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 18. Oktober.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 71 Kg.	20,75	Weizenkl.	8,00—9,75
Weizen, ausl.	—	Roggenkl.	7,00—7,50
Roggen, rhein. 66—67 Kg.		Biertreber	10,75—11,50
Rg., rh. neu. E.	16,25	Leink. 38 Pr.	11,25—11,50
Roggen, ausl.	18.25—18.75	Erdnußkm. 50 Prz.	11,25—11,50
Hafer hiesiger	14.25—14.50	„ 54 „	12,25—
Hafer, nordd.	16.00—17.00	Soyaschr. 46 Prz.	11,00—11,25
Hafer, ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste, ausl.	—	Palmkernk. lof.	9.00—9,50
W.-Gerste, inl.	17.50	Trockenschn. i.	—
S.-Gerste, inl.	18,00—18,75	Zuckerschn. lof.	9,25—9,75
Mais grober	16,75	Rohmelasse	8,75—10,00
Mais kleiner	17,50	Wiesenheu, inl. lose neu	4.60—5.40
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	29,25	gepreßt	
Rhein. Weizenbäckermehl m.		Kleeheu inl. lose neu	5,80—6,30
Auslandswz.	30,25	gepreßt	
Roggenmehl 70 Prz.	23,75	ausländischer Roggenstr.	—
70 Prz. m. ausländ. Roggen	24.50	gepr. neu	1,30—1,50
Roggenschrot, inländisches	20,00	Weizenstr. gepr. neu	1,30—1,40
ausländisch.	20.25	Haferstroh gepreßt	1,20—1,30

brutto mit Sack / brtto n. St.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 18. Oktober.

Rheinische runde gelbe 1. Qualität (Industrie 2,55, do. II. Qualität (Industrie) 2,40, Norddeutsche runde gelbe Kartoffeln I. Qualität (Industrie) 2,30, Norddeutsche lange gelbe Nieren 3,00 Mark.

Kölner Butternotierungen vom 18. Oktober.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung. 1. Qualität 236, 2. Qualität 226, 3. Qualität 216. Tendenz: Ruhig.